Initiativen, die Ressourcen blockieren

Seit mehr als zwei Jahren stimmen wir über unausgegorene linke oder grüne Vorlagen ab. Von der Ferieninitiative über die 1:12-Initiative, die Mindestlohninitiative bis hin zur Energie- statt Mehrwertsteuer-Initiative. Die Ablehnung fiel immer klar und deutlich aus.
Solche Initiativen «strahlen» dennoch aus. Blockieren sie doch wichtige Kräfte und Ressourcen, fokussieren auf die falschen Themen und lassen unsere engagierten KMU-Unternehmer immer mehr an der Zukunft unseres Arbeits- und Werkplatzes Schweiz zweifeln. Auch das Ausland sieht unser Land nicht mehr als unbescholtene «Insel der Glückseeligen» an. Hier wird zu viel und zu offen über allfällige negative Veränderungen der Rahmenbedingungen debattiert. Das verunsichert, kostet Vertrauen und lenkt wichtige Investitionen in falsche Kanäle. Solche Abstimmungen fügen uns, unserer Volkswirtschaft und unserem Land unnötige und irreparable Schäden zu.

Fatale KMU-Steuer

Am 14. Juni steht eine weitere wichtige Abstimmung vor der Tür. Mit dem verheissungsvollen Titel «Millionenerbschaften besteuern für unsere AHV» will die Linke Erbschaften und Schenkungen über zwei Millionen Franken mit 20 Prozent besteuern. Die Initiative gefährdet insbesondere die Nachfolge von Familienunternehmen. Wie sollen Jungunternehmer solch horrende Steuerforderungen begleichen? Ist das Firmenkapital doch meist gebunden und nicht frei verfügbar. Sollen die Nachfolger für die Steuerschuld etwa heikle Firmenkredite aufnehmen und so die Solidität des Unternehmens und ihrer Arbeitsplätze aufs Spiel setzen?

Familienfeindliche Steuer

Betroffen wären aber auch Familien: Erben müssten Steuern auf mehrfach versteuerte Einkommen und Vermögen entrichten. Ist dies sinnvoll? Nein, Doppel- und Mehrfachbesteuerungen machen keinen Sinn. Verfügbares Kapital sollte lieber zugunsten produktiver Tätigkeiten und attraktiver Arbeitsplätze investiert werden. Selbst Konsumausgaben sind vorteilhafter als Steuern. Helfen sie doch mit, dass Unternehmen produzieren, Waren absetzen und Menschen beschäftigten können.
Lange Erklärungen erübrigen sich. Eine Erbschaftssteuer in diesem Ausmass, die Landwirte ebenso trifft wie Hausbesitzer, Chefs von Gewerbetrieben und von grösseren Familienunternehmen, ist schädlich und falsch.

Dr. rer. publ. HSG Sven Bradke
Geschäftsführer der Mediapolis AG für Wirtschaft und Kommunikation in St.Gallen